



Gruppensprecher Gundolf Harms (BfB)  
Oberdrescher Weg 7  
26529 Upgant-Schott  
Tel. 04934-910 492  
Mobil 0170-731 54 79  
[gharms@marienhafe.de](mailto:gharms@marienhafe.de)



Stellvertreter Detlef Schweichler (Grüne)  
Hauptstraße 70  
26529 Rechtsupweg  
Tel. 04934-1534  
Mobil 0157-757 746 74  
[dschweichler@marienhafe.de](mailto:dschweichler@marienhafe.de)

**Pressemitteilung der Gruppe BfB/ Grüne  
im Rat der Samtgemeinde Brookmerland  
vom 05.01.2021**

Reaktion auf die Kritik der SPD an der neuen Mehrheit  
(OK vom 19.12. und ON vom 22.12.2020)

**Ratsmehrheit sorgt für sparsamen Umgang mit Steuermitteln**  
Politik: BfB/ GRÜNE äußern sich zur Kritik der SPD bezüglich der  
Verwendung von Steuermitteln

Brookmerland: „Ganz schön, wie die SPD sich öffentlich über die Ratsarbeit äußert, aber leider nur ganz schön unverschämt“, scherzt Jens Albowitz, Ratsmitglied der Grünen. „Wir nehmen die unsachlichen Äußerungen der SPD zur Entwicklung der kommunalen Ausgaben der Samtgemeinde mit Humor“, ergänzt Gruppensprecher Gundolf Harms vom Bündnis für Brookmerland (BfB). Schließlich sei es doch der Mehrheit der SPD in den zurückliegenden Jahren zu verdanken, dass der Schuldenstand der Samtgemeinde Brookmerland annähernd 20 Mio. Euro beträgt.

„Die SPD kritisiert zudem Ausgaben, die sie selbst angezettelt haben aber nun nicht mittragen wollen: Auch wenn hinter dem Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Störtebeker-Wohnanlage (ehemals AWO) hauptsächlich SPD-Funktionäre stehen, so unterstützen wir den daraus resultierenden Bürgerentscheid als wesentliches Instrument der direkten Demokratie“, betont der Grüne Detlef Schweichler. Die Bürgerinnen und Bürger sollten nun in der geforderten Wahl entscheiden, ob die Wohnanlage im Besitz der Samtgemeinde bleiben soll oder durch den Verkauf eine Entschuldung der Samtgemeinde sowie eine Finanzierung von

Straßenreparaturen im Brookmerland erfolgen soll, wie es die neue Ratsmehrheit von BWG/SEB, CDU und BfB/Grüne fordert.

Die SPD verkenne weiterhin, dass die Investition in ein Gutachten für eine alternative Planung zur zentralen Sportanlage am Tjücher Kieselsee ein sinnvolles Mittel für eine fundierte Entscheidung der politischen Gremien ist und zur Kostenreduzierung beitragen kann. Die SPD wolle hier die „Katze im Sack“ kaufen, ohne eine detaillierte Aufstellung der Kosten, heißt es in der Pressemitteilung weiter. Der SPD gehe es wohl darum, Wählerstimmen bei den Sportlern zu gewinnen. Hier sei aber eine detaillierte Betrachtung aller Kosten vom Bau bis zur Unterhaltung neuer Sportanlagen angebracht. Da die Unterhaltung der Anlagen von den Sportvereinen übernommen werden sollte, sei eine kostensparende Planung auch in deren Interesse. Dabei verweisen die Ratsmitglieder von BfB/Grüne auch auf die Diskussion in der Stadt Norden über Nutzungsgebühren für den Kunstrasenplatz.

Vor dem Kauf von Flächen und Gebäuden sowie dem Neubau kostenintensiver Anlagen müsse aus Sicht der neuen Ratsmehrheit ein Nutzungs- und Betriebskonzept her, das von den später Verantwortlichen gemeinsam erarbeitet und unterzeichnet wird. „Ein jahrelanger Leerstand und damit vergeudete Steuermittel wie bei der Fläche am Tjücher Kieselsee, die als Vorrat für eine zentrale Feuerwehr gekauft wurde, die aber nun nicht mehr sinnvoll und nicht gewollt ist, und dem alten Bahnhofsgebäude in Marienhafen darf es zukünftig nicht mehr geben“, erklärt Ida Bienhoff-Topp (BfB). Die neue Ratsmehrheit aus BWG/SEB, CDU und BfB/Grüne werde bei zukünftigen Investitionen vorsichtiger mit den Steuermitteln umgehen. Auch die Verwaltung sollte hier umdenken und Nutzungs- und Betriebskonzepte von den späteren Nutzern einfordern beziehungsweise diese gemeinsam mit ihnen öffentlich und unterschriftsreif erarbeiten, bevor Gelder in Einrichtungen investiert werden, die von der Samtgemeinde nicht selbst bewirtschaftet werden sollen.

Es sei schön, dass nun auch die SPD die freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstand setzen wolle, auch wenn die öffentlich genannten, wohl ironisch gemeinten Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden nicht hilfreich sind. Bei den Haushaltsberatungen Mitte Oktober hatten BWG/SEB, CDU und BfB/Grüne bereits beantragt, dass sich der Samtgemeindeausschuss nach dem Beschluss des Haushaltes intensiv damit befasst, wo im laufenden Haushalt noch Kosten eingespart werden können. Bis Mai 2021 solle daraus ein möglichst einstimmig zu beschließendes Einsparungskonzept entwickelt werden.

**Anzahl Zeichen: 3.713** (ohne Überschrift, inkl. Leerzeichen)